

Der Kirchliche Dienst in der Arbeitswelt begrüßt die Koalitionsvereinbarung

Teilhabe als zentrales Ziel untermauert. Konkretere Ausführungen wären wünschenswert.

Der Kirchliche Dienst in der Arbeitswelt (KDA) der Bremischen Evangelischen Kirche begrüßt die Koalitionsvereinbarung von SPD und Grünen. Das Bestreben der zukünftigen Landesregierung, sich für eine Sozialpolitik einzusetzen, die „(...) ein weiteres Auseinanderdriften der Lebenslagen verhindert“ wird positiv gesehen. Es wird deutlich, dass SPD und Grünen die gesellschaftliche Teilhabe von Armut betroffener BürgerInnen weiterhin ein zentrales Anliegen ist. Nichts desto trotz hätte sich der KDA eine deutlichere Veranschaulichung durch konkrete Maßnahmen gewünscht.

Strukturierung und Koordination armutsrelevanter Maßnahmen. Was ist mit Reichtum?

SPD und Grüne heben hervor, dass dem Bereich der Armutspolitik nach wie vor große Aufmerksamkeit geschenkt werden soll. Der KDA befürwortet die Bestrebungen, die verschiedenen Maßnahmen gegen Armut auf ihre Wirksamkeit zu überprüfen und noch stärker zu koordinieren. Ein übergreifendes Gesamtprogramm ist dann positiv zu werten, wenn es nicht auf der Basis von Kürzungen umgesetzt wird. Spätestens seit dem Armuts- und Reichtumsbericht hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass beide Felder eng miteinander verknüpft sind. Die Auseinandersetzung mit dem Thema Reichtum findet jedoch bisher nur in unzureichender Weise statt. Ein offensiverer Umgang mit Fragen des Reichtums wäre vor dem Hintergrund der zunehmenden Spaltung unserer Gesellschaft wünschenswert. Wie wäre es mit einem Impuls zur Diskussion der Steuerpolitik?

Eindämmung von Kinder- und Bildungsarmut als wesentlicher Baustein

Die Vereinbarung unterstreicht, dass die Bekämpfung der Armut und Ausgrenzung von Kindern ein besonderes Anliegen ist. Die Betreuung, Erziehung und Sprachförderung in Kindertagesstätten kann gerade für sozial benachteiligte Kinder nicht hoch genug eingeschätzt werden. Aus diesem Grund erwarten wir, dass im Zuge der Umsetzung des Rechtsanspruches im U3-Bereich dieser Gruppe besondere Aufmerksamkeit zuteil wird. Positiv hervorzuheben ist weiterhin, dass die Koalition sich für eine bundesweite Kindergrundsicherung einsetzt. Eine solche kann nicht nur einen wesentlichen Beitrag zur Eindämmung der Kinderarmut leisten, sondern rückt durch eine damit einhergehende Umstrukturierung der Sozialleistungen auch das Thema Reichtum weiter in den Fokus.

Stadtteile weiterhin stärken – trotz eingeschränkter finanzieller Möglichkeiten

Es ist lobenswert, dass die soziale Stadtentwicklung auch weiterhin einen hohen Stellenwert einnehmen soll. Die Bestrebungen, soziale und wirtschaftliche Nachteile einzelner Stadtteile auszugleichen und ressortübergreifend soziale Stadtteilkonzepte aufzustellen, werden vom KDA in vollem Umfang unterstützt. Ein Einsetzen der zukünftigen Regierung gegen die vom Bund geplante Kürzung der Städtebau-Fördermittel ist ganz in unserem Interesse. Gerade vor dem Hintergrund der angespannten Haushaltslage in Bremen mahnen wir jedoch auch an, die Bemühungen der Stadt und des Landes aufrecht zu erhalten und von Einsparungen in diesem zentralen Politikfeld abzusehen.

Der KDA wird die Regierung begleiten und kontrollieren

Der KDA bekräftigt, sich auch zukünftig für eine bessere Teilhabe aller Menschen einzusetzen. Wir werden die Arbeit der zukünftigen Regierung konstruktiv begleiten, uns in sozialpolitische Belange einmischen und die Koalition an den Aussagen ihrer Vereinbarung messen.

Pressemitteilung, 07.07.2011